

Prof. Dr.jur. Dr.-Ing. E.h.
DIETER SPETHMANN
Rechtsanwalt
Samstag, den 3. Dezember 2011

An Abgeordnete des Deutschen Bundestages

Berlin

**Wir Deutschen können nicht Demokratie und Rechtsstaat aufgeben -
auch nicht, um eine Währungsunion zu retten.**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Dazu ist unser höchstes Rechtsgut, das Funktionieren unserer Republik gemäß dem Grundgesetz, wichtiger als das Eurosystem, und das BVerfG hat mit seinem Urteil vom 7. September 2011 klare rote Linien gezogen, auch zu „Eurobonds.“.

Nein, Ihre Kollegen, die Frau Merkel stündlich unter zunehmenden Druck setzen, den Forderungen anderer EU-Teilnehmer, auch zu „Eurobonds,“ zuzustimmen, tun nicht nur Unrecht, sondern versündigen sich an unserem höchsten Rechtsgut. Ich nenne das Hochverrat, und zwar öffentlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie müssen sich im Deutschen Bundestag zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennen, und zwar auch insoweit, als Sie klar und unmissverständlich zum Ausdruck bringen, dass es keine weitergehende deutsche Haftung geben darf als die bisher beschlossene (auch dieses selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, dass das BVerfG keine Rechtsmängel feststellt).

Bei dieser Gelegenheit sollten Sie auch Ihren Sachverstand zum Ausdruck bringen. Sie können doch mit Händen greifen, dass die Heere von Arbeitslosen in Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Frankreich, herangewachsen unter der Herrschaft des Eurosystems, eine Folge eben dieses Systems sind: Der Aussenkurs des Euro schränkt ihre Wettbewerbsfähigkeit immer mehr ein. Ob Sie diesen Volkswirtschaften nun ihre sämtlichen Schulden abnehmen, ob Sie sie mit „effizienten Staatsapparaten“ à la EU beglücken – nichts davon wird deren Wettbewerbsunfähigkeit beseitigen. Alles, was zur Zeit in Brüssel, Strassburg und anderswo beschlossen werden soll, geht am Problem vorbei. Vieles davon gefährdet zusätzlich Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland.

Der beigegefügte Aufsatz von Prof. Meessen klärt Sie zusätzlich auf.

Oder wollen Sie „Einigkeit und Recht und Freiheit“ bagatellisieren?

Mit verbindlichen Empfehlungen Ihr



Anlage 4 Blatt

Prof. Dr.jur. Dr.-Ing. E.h.
DIETER SPETHMANN
Rechtsanwalt
Freitag, den 2. Dezember 2011

An meine Freunde

**Deutschland und der Euro
nach Merkels heutiger Regierungserklärung und
nach der Ackermann-Rede in Hamburgs St. Michaelis**

Liebe Freunde!

Die Medien sprechen jetzt häufiger von der „Gelassenheit der Deutschen.“ Gut beobachtet. Aber der Grund? Resignation – nach meiner Ansicht. Der Bürger kann machen, was er will – er ändert nichts. Denn CDU, SPD, Grüne und selbst die unsäglich gewordene FDP – alle diese Parteien, vor allem aber ihre Bundestagsfraktionen wollen, dass die Bezahlung griechischer oder italienischer oder noch anderer Staatsschulden Vorrang habe vor deutschen Pflegeheimen oder unserer Infrastruktur.

Bleibt das so? Ich glaube nicht. Nach meiner Ansicht empfindet ein großer Teil unserer Bevölkerung Unsicherheit über die Zukunft mit dem Euro. Warum sich das bisher nicht entladen hat? Weil der Auslöser fehlt – noch. Was könnte ein Auslöser sein? Ein akuter Fall, den auch das regierungsfromme Fernsehen nicht mehr verschweigen kann: Kassenklemme, Kreditklemme, eine Massenentlassung oder ähnliches.

Natürlich kann es sich auch ohne einen solchen Anlaß ändern. Auf irgendeinem geheimnisvollen Weg kann sich bei den Bürgern die Erkenntnis durchsetzen, dass entweder die große Mehrheit der Politiker gar nicht versteht, worum es sich bei der Eurokrise handelt - oder dass die wenigen, die es durchschauen, tagtäglich lügen, durch Sprechen oder Verschweigen – oder beides.

Was ist denn heute Nachmittag die Lage?

Hat Griechenland irgendeine Chance, aus seinem Dilemma zu entkommen? Nein, Die Griechen tragen drei Todeskeime in sich: (1) Staatsschuld, (2) ineffektiver Staatsapparat und (3) Wettbewerbsunfähigkeit. Selbst wenn die Gläubiger den Griechen alle Schulden erlassen oder wir alle diese Schulden bezahlen – selbst wenn Frau v. d. Leyen als gütige Fee über Nacht einen effektiven Staatsapparat in Griechenland hinstellt – die Wettbewerbsunfähigkeit bleibt. Denn sie ist eine Funktion des Euro: Die Kosten der griechischen Betriebe sind für einen erfolgreichen Export zu hoch, weil der Aussenkurs des Euro für sie zu hoch ist. Also bleibt es bei der griechischen Arbeitslosigkeit, und diese bezahlen wir. Ja, das verschweigt die EU, und das verschweigt auch Frau Merkel, auch heute, und im Bundestag ist selbst DIE LINKE noch nicht auf den Trichter gekommen.

Hat Italien eine bessere Chance als Griechenland? Wohl kaum. Denn die Probleme sind im Kern dieselben: Man hat seit 1999 den Euro-Rausch genossen und will heute den Kater nicht wahr haben. Natürlich wird die Merkozy-Mannschaft alles tun, um die nächstes Jahr fällig werdenden italienischen Staatsschulden von €300Mrd umzuschulden. Aber die partielle italienische Wettbewerbsunfähigkeit bleibt und mit ihr

die Arbeitslosigkeit. Also steigen die italienischen Staatsschulden weiter, und wir Deutschen werden weiter zahlen oder bürgen, was auf dasselbe hinausläuft.

Und Spanien, Portugal, selbst Frankreich? Im Kern dasselbe.

Kann der EFSF hieran etwas ändern? Nein, er ist überfordert.

Könnte ein ESM etwas ändern? Nein, denn auch er würde die zugrundeliegenden realwirtschaftlichen Probleme nicht anpacken.

Also ist unsere Lage hoffnungslos? Nein, keineswegs, aber wir haben zu unterscheiden zwischen Politik und Realwirtschaft, zwischen Spektakel und Qualität.

Unsere Politiker bevorzugen in Sachen Eurokrise bisher in diesem Sinne Spektakel, wenn auch für uns Deutsche unerschwinglich teuer. Denn nichts davon rührt an das Kernproblem der innerhalb der Eurozone divergierenden Realwirtschaften. Nur Deutschland, Holland, Luxemburg, Österreich und Finnland kommen mit dem heutigen Aussenkurs des Euro zurecht – alle anderen nicht. Also müssen diese Staaten ihren eigenen Euro haben, allerdings unter Mitnahme von Frankreich, weil wir im Kernland von Carolus Magnus bleiben sollten. Das habe ich schon vor 20 Jahren vorgeschlagen: Den Carolus.

Tja, und hier Herr Ackermann im Hamburg ex cathedra: „... *müssten die europäischen Staaten nationale Souveränitätsrechte an die europäische Ebene abgeben, mahnt Ackermann. Auch eine "solidarische Hilfe zur Selbsthilfe der starken für derzeit schwache Mitgliedstaaten" sei nötig. Anders als viele deutsche Politiker es gerne darstellen, ist diese Hilfe in Ackermanns Augen kein Opfer, sondern "im ureigenen nationalen Interesse geradezu geboten". Die Kosten der Destruktion seien höher als die der Konstruktion, mahnt der Banker. Ackermann schwebt ein neues Europa vor, mit einer wesentlich stärkeren Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik - und mit deutlich weniger nationalen Befugnissen. "Die Vorstellung, in einer Währungsunion könne die Handlungskompetenz national bleiben und bedürfe allenfalls einer losen Koordination auf Gemeinschaftsebene, ist als Fiktion entlarvt worden", sagt der Banker. Europa werde "nicht darum herumkommen, die Machtbalance zwischen den Nationalstaaten und der europäischen Gemeinschaftsebene zu Gunsten Letzterer zu verschieben und in die Verfassung der Mitgliedstaaten einzugreifen". Es ist ein leidenschaftliches Plädoyer für ein geeintes Europa - so klar und dringlich, wie es die deutsche Kanzlerin bisher nicht hinbekommen hat. "Jenseits von Europa gibt es gerade für Deutschland keine erfolgreiche Zukunft", sagt Ackermann. Man mag es ihm glauben.*“

Dem Schweizer Ackermann ist das republikanische Fadenkreuz verrutscht. Er sollte seine Schweizer Landsleute fragen, ob sie diesen Weg gehen wollten. Falls nein, sollten wir Deutsche uns analog verhalten, siehe oben. Denn wir können nicht Demokratie und Rechtsstaat aufgeben, um eine Währungsunion zu retten.

Mit verbindlichen Empfehlungen Ihr



Kommentar

Marktwirtschaft und Fiskalunion

Um die Zukunft des deutschen Kartellrechts, dem die WuW nunmehr seit 60 Jahren als Forum dient, brauchen wir uns keine Sorgen zu machen. Aus einer anfänglich umstrittenen ordnungspolitischen Idee ist ein hierzulande allgemein akzeptierter - wenn auch nicht immer beachteter - Bestandteil des rechtlichen Umfelds wirtschaftlichen Handelns hervorgegangen. Zudem ist das deutsche Kartellrecht inzwischen eingebettet in das europäische Kartellrecht, das mit dem großen Vorläufer auf der anderen Seite des Atlantiks und einer immer noch zunehmenden Anzahl allenthalben entstehender Kartellrechtsordnungen in einem um weitere Optimierung bemühten weltweiten Systemwettbewerb steht. Ludwig Erhard hätte allen Grund, mit Stolz auf die Anfänge seines Werks zurückzublicken.

Er würde sich an seine mühsamen Auseinandersetzungen, nicht zuletzt mit dem BDI, bei der Vorbereitung des GWB erinnern. Die Weichen hatte er jedoch bereits vorher gestellt: durch Freigabe aller Preise am Tage nach der Währungsreform und durch Aufrechterhaltung dieser Entscheidung trotz zunächst hoher Arbeitslosigkeit in einem um das Existenzminimum ringenden Volk. Man sollte sich noch einmal vergegenwärtigen, wie Erhard als von den Besatzungsmächten ernannter Direktor der Wirtschaftsverwaltung in den Westzonen auf die Kritik des amerikanischen Oberbefehlshabers Lucius Clay, seine Berater hätten diese Entscheidung als gefährlich und falsch bezeichnet, entgegnete, abgeraten hätten ihm auch seine Berater. Drei Jahre nach der deutschen Kapitulation war dies ein Maß an Chuzpe, wie es nur auf der Grundlage eigenen ökonomischen Sachverständnisses vorstellbar ist.

Auch beim Einstieg in die heute - Ende Oktober 2011 - zur Bewältigung der durch die Überschuldung Griechenlands ausgelösten Eurokrise und zur Vermeidung künftiger Krisen dieser Art geplante europäische Fiskalunion könnte auf ökonomischen Sachverstand gestützter Mut nicht schaden.

Mut zeigen aber die gegenwärtigen Entscheidungsträger in Berlin aus Physik, Medizin und auch Juristerei allenfalls insofern, als sie sich dem Rat der deutschen Wirtschaftswissenschaften verschlossen haben. Ordnungspolitische Folge war, dass man das europavertragliche bail-out Verbot, das die Beurteilung der Bonität der sich auf den Kapitalmärkten verschuldenden Mitgliedstaaten ausschließlich dem wettbewerblichen Entdeckungsverfahren von Börsenkursen vorbehält, gleich zu Beginn der Krise außer acht ließ. Damit war der Weg frei zur Vorbereitung gigantischer Kapitalhilfen an Schuldnerstaaten und exponierte Gläubigerbanken. Den hierdurch geschaffenen falschen Anreizen begegnet man mit einem immer engeren Netz von oft ins unternehmerische Detail gehenden Bedingungen und Auflagen unter immer ernsthafter beschworener haushaltspolitischer Überwachung.

Über der in ihrem kartellrechtlichen Kern solide verkörperten Marktwirtschaft beginnen Wolken einer sich auf Dauer einrichtenden planification européenne aufzuziehen. Sie sollten aufmerksam beobachtet werden.

Prof. Dr Karl M. Meessen, Rechtsanwalt, Düsseldorf